



Dr. Stephan Bundschuh

## **Rechtsextreme Jugendarbeit – Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus**

### Rechtsextremismus in West und Ost

Allseits bekannt ist, dass rechtsextreme Aktivitäten in den neuen Bundesländern sehr verbreitet sind. So wurden z. B. in Sachsen und Brandenburg die Deutsche Volksunion (DVU) und die NPD in die Landtage gewählt. Außerdem äußert sich dort der Rechtsextremismus deutlich in unmittelbarer Gewalt auf der Straße gegen Migranten, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und politisch anders Gesinnte.

Aber auch in den alten Bundesländern gibt es keinen Grund zur Beruhigung. Der Rechtsextremismus erstarkte im Westen bereits vor der Wiedervereinigung, man denke nur an die Wahlerfolge der Republikaner in den 1980er Jahren. Wenn man die Äußerungsformen des Rechtsextremismus zwischen Ost und West unterscheiden will, so lässt sich sagen: Im Osten sehen wir mehr unmittelbare Gewalt auf der Straße, im Westen ist der Rechtsextremismus ideologisch gefestigter und hat ältere Wurzeln.

Dass der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern augenscheinlicher ist, hat mit der sozialen und ökonomischen Deklassierung zu tun, die in den neuen Bundesländern stattfindet. Dort können sich Rechtsextreme direkt an berechnete soziale Proteste anschließen (Stichwort: Demonstrationen gegen Hartz IV) und mit ihren einfachen Erklärungen punkten. Zudem hat der Rechtsextremismus aus ideologischen Gründen die neuen Bundesländer zum zentralen Agitationsgebiet erkoren, auch das erklärt die manifesten Aktivitäten Rechtsextremer in den neuen Bundesländern. Doch ob es wirklich mehr Rechtsextreme im Osten gibt, scheint durchaus fraglich, sie sind dort nur deutlicher sichtbar.

Auch die mediale Darstellung hat ihren Anteil an der Wahrnehmung des Rechtsextremismus und seiner Gewichtung als Ostproblem. Rechtsextremismus in aktiver Form umfasst keine allzu große Zahl von Menschen. Er zeigt sich aber in seinen gewaltsamen Manifestationen als sehr medienwirksam und erscheint damit als mächtig. Das Gefühl, im Mittelpunkt medialer und politischer Aufmerksamkeit zu stehen, zieht junge Männer an, sie fühlen sich dadurch stark. Dies ist teilweise auch ihre unmittelbare Erfahrung. Wenn Rechtsradikale auf der Stra-

ße martialisch auftreten und Leute ihnen aus dem Weg gehen, spüren sie ihre Macht und das gefällt.

### Rechtsextreme Jugendliche

Das eintätowierte Hakenkreuz, die Fahne des Deutschen Reichs im Zimmer, kahl geschorener Kopf, Bomberjacke und Springerstiefel, das weist bei Jugendlichen eindeutig auf Rechtsextremismus hin. Oftmals ist das aber nicht deutlich erkennbar, der Einstieg in die Szene erfolgt nach und nach und auch ein überzeugter Neonazi weist sich nicht unbedingt mit seiner Kleidung als ein solcher aus. Ein rassistischer Aufnäher – so unappetitlich er ist – stempelt das Kind noch nicht zum Rechtsradikalen. Ein geschorener Kopf auch nicht. Gerade heute ist die Kleidung von Rechtsradikalen viel variabler, als dies in den 1990er Jahren der Fall war. Sie haben sich den jugendkulturellen Moden angepasst und sind zum Teil sehr smart gekleidet.

Obgleich zunehmend auch junge Frauen zum Rechtsextremismus tendieren, handelt es sich vornehmlich um männliche Jugendliche, die eine Affinität zu autoritärem Verhalten haben und in ihrem Männlichkeitsbild verunsichert sind. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass sie aus einem extrem autoritären Elternhaus stammen oder gegenteilig autoritäre Strukturen suchen, weil sie das Laisser-faire ihres Elternhauses nicht mehr ertragen. Rechtsextreme Jugendliche fühlen sich in der Regel von ihren Eltern vernachlässigt und nicht ernst genommen, insbesondere weisen sie auf einen abwesenden Vater hin und haben persönliche Gespräche im Elternhaus vermisst. Sie suchen Solidarität und Geborgenheit in einer Clique und stehen unter Zukunftsstress bei Ausbildung und Beruf. Tendenziell haben sie einen niedrigeren Bildungsabschluss, sind empfänglich für einfache Parolen und lieben harte und schnelle Musik. Sie langweilen sich in ihrem Alltag, suchen Action und Thrill und sind gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht abgeneigt.

Aus obiger unvollständiger Beschreibung ist zu entnehmen, dass dies auf viele Jugendliche zutrifft. Die persönliche Disposition zum Rechtsextremismus führt nicht notwendig zu ihm, der Weg in eine rechtsextreme Gruppe ist durchaus zufällig. Jugendliche müssen dafür in Regionen aufwachsen, in denen sie von Rechtsextremen etwas Spannendes geboten bekommen. Dies ist auf dem Lande einfacher als in der Stadt, da hier das (kommerzielle) Unterhaltungsangebot kaum durch unprofessionelle Jugendarbeit überboten werden kann.

Offensichtlich tut die Propagierung von Nationalstolz, das Schüren von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, das Versprechen, Arbeit für „Deutsche“ zu schaffen, der Seele mancher einheimischer Jugendlicher und Erwachsener gut. Damit können sie dem Modernisierungs-, Konkurrenz- und Bildungsdruck, der auf ihnen lastet, ausweichen, indem sie andere,

in der Regel selbst Schwächere, für ihre Misere verantwortlich machen, ihre Aggressivität und Wut gegen diese Minderheiten ausleben und zugleich als „Deutsche“ einen grundsätzlichen Anspruch auf Überlegenheit erheben. Die eigene ökonomische und soziale Lage, die in der Tat vom Einzelnen kaum geändert werden kann, wird durch Komplexitätsreduktion mit dem „Eindringen von Fremden“ erklärt, an denen die ohnmächtige Wut ausgelassen wird.

Die stärkere Einbindung in eine rechtsextreme Clique hat in der Regel zur Folge, dass alte Freunde von dem Jugendlichen künftig gemieden oder aber agitiert werden. Allerdings gibt es auch Beispiele von Rechtsextremen, die parallel zu ihrer alten Welt in rechtsextremen Cliquen sozialisiert wurden, was niemandem auffiel. Das Erwachen kommt dann, wenn diese Personen plötzlich als Parteifunktionäre rechtsextremer Parteien in Erscheinung treten. Dann aber hilft ein freundschaftliches Zugehen auf die Person, um sie von ihrer Meinung abzubringen, in der Regel nicht mehr.

### Rechtsextreme Jugendarbeit

Rechtsextreme Szenen gibt es überall, auf dem Land oder in Kleinstädten fallen sie eher auf und sie können soziale Räume besser besetzen. In Großstädten kontrollieren sich tendenziell die unterschiedlichen Szenen gegenseitig – in Kleinstädten haben sie mehr Möglichkeiten, sich durchzusetzen und hegemonial zu werden. Dies hat u. a. damit zu tun, dass die lokalen Autoritäten wie die Polizei, der Rektor, Pfarrer oder Bürgermeister oftmals die Augen verschließen und rechtsradikale Auftritte der dörflichen Jugend als Jugendsünde abtun. Pubertäre Gewaltäußerungen werden oft zu spät als rechtsextreme wahrgenommen. Es gibt ländliche Regionen – auch hier stärker, aber nicht ausschließlich in den neuen Bundesländern –, in denen keine regionale Jugendarbeit von Kommune oder Gemeinde existiert oder aus finanziellen Gründen reduziert bzw. eingestellt wurde. Hier haben rechtsextreme Parteien wie die NPD oder ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, ihre Chance gewittert und die Jugendarbeit übernommen, indem sie Räume unterhalten, wo sich Jugendliche treffen können, und Fahrten und Wehrsportübungen anbieten. Hier müsste kommunale Jugendarbeit aufgebaut werden, die mit guten Angeboten der rechtsextremen Jugendarbeit die Grundlage entzieht. Dies ist unter anderem eine Absicht der Lokalen Aktionspläne, wie sie im neuen Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ projiziert sind.

Die rechtsextremen Anwerbestrategien sind sehr unterschiedlich. Gut bekannt ist beispielsweise die Schulhof-Aktion der NPD, die vor Schulen CDs mit rechtsradikalem Liedgut verteilt und dieses auch im Internet zugänglich macht. Sofern die Verteilung außerhalb des Schulge-

länden stattfindet, kann die Schule dagegen nichts machen, es sein denn, auf der CD befinden sich explizit verbotene, volksverhetzende und verfassungswidrige Inhalte.

Die auf den CDs vertretenen Bands gehören zum rechtsextremen Musikspektrum, die Musik aber ist sehr unterschiedlich und rezipiert die unterschiedlichsten Musikmoden von Rock über Techno bis zu Anklängen an den Punk. Dazu werden Lieder von sog. Liedermachern dazugeschmuggelt, deren Musik wohl keinen Jugendlichen hinter dem Ofen hervorlockt, aber die bereits am Rechtsextremismus Interessierten in ihrer ideologischen Ausrichtung stärkt. An dieser Klampfenmusik interessieren nur die Texte und eventuell die Lagerfeuerromantik.

Rechtsextreme ködern Jugendliche mit Konzerten und Alkohol, sie unterhalten Häuser, in denen sie Wochenendseminare und Schulungen anbieten, sie versprechen eine Gruppenbindung und gaukeln den Jugendlichen vor, sich ihrer Interessen anzunehmen. Sie leiten Jugendclubs und bieten Discos an. Wo Alternativangebote fehlen, haben es Rechtsextreme leicht, Jugendgruppen zu bilden und Kader zu schulen.

Jugendliche werden zuerst mit jugendkulturellen Elementen wie Musik und Action angesprochen, die ideologische Überzeugungsarbeit folgt danach. In der Pubertät sind Jugendliche allen Einflüssen gegenüber offen, sie wandern durch die verschiedensten Jugendkulturen, von Punks zu Skins und werden dann vielleicht Politikfreaks. Solche Wechsel sind in der Pubertät normal, sogar notwendig. Gefährlich wird es dann, wenn Jugendliche bei einer rechten Clique landen und sich systematisch von anderen Einflüssen isolieren und andere soziale Kontakte abbauen. Die normale Jugendarbeit muss gerade diese Gruppe erreichen, bevor sie unempfänglich gegen äußere Einflüsse geworden ist.

### Zum Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen

Es ist ein Gebot der Aufklärung, Menschen nicht unmittelbar nach ihrem äußeren Erscheinungsbild zu beurteilen. Bei einem Anzugträger kann es sich um einen besonnenen Menschen handeln, er kann aber auch ein Schläger sein. Der Glatzkopf ist vermutlich rechtsradikal, er könnte aber auch ein linker Skin sein. Deshalb sollten Eltern als erste Bezugspersonen ihr Kind vielschichtig wahrnehmen. Sie sollten Veränderungen in der Kleidung registrieren, sie sollten merken, wenn die musikalischen Texte zunehmend rassistischer werden, sie sollten einen Blick dafür haben, wenn sich die Clique des Kindes verändert und das Kind bei familiären Diskussionen beginnt, rechtsradikale Sprüche zu klopfen. Dies alles werden Eltern natürlich nur registrieren, wenn sie den Kontakt zu ihrem Kind noch nicht verloren haben und die rechtsextremen Codes kennen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass der Einstieg in

die rechtsextreme Szene oftmals zwischen 11 und 14 Jahren erfolgt. Danach wird es für Eltern erheblich schwieriger, kontrollierend einzugreifen.

Eltern sollten unbedingt in Kontakt mit ihrem Kind bleiben bzw. versuchen, den Kontakt wieder herzustellen. Dies ist ein Gebot, das generell für die pubertäre Phase bei Jugendlichen gilt, die auch bei anderen Problemen wie Drogen oder Schulverweigerung Eltern an den Rand der Verzweiflung bringt. Hier besteht oft ein ähnliches Unvermögen der Eltern, den Kontakt mit den Jugendlichen aufrecht zu erhalten und Konflikte durchzustehen. Dabei sind Eltern für ausstiegswillige Jugendliche als mögliche Ansprechpartner außerordentlich wichtig. Eltern müssen sich also mit ihren Kindern auseinandersetzen und im Ernstfall Verbote aussprechen („Wir dulden bei uns keine rechtsextremen Symbole“) sowie Sanktionen verhängen.

Sofern Eltern diese Entwicklung ihres Kindes nicht dulden oder gar unterstützen, sind sie zuerst natürlich irritiert und schockiert. Die Scham, in der Erziehung versagt zu haben, und die Angst, vom Bekannten- und Freundeskreis stigmatisiert zu werden, hindert oftmals Eltern, sich rechtzeitig Rat zu suchen. Durch Verschweigen aber wird dem Jugendlichen nicht geholfen.

Auch für Freunde, Mitschüler und Lehrer lautet das erste Gebot: Hinsehen, nicht Wegsehen! Thematisieren, nicht ignorieren! Schüler müssen in die Diskussion und den Konflikt gehen, wenn sie merken, dass ein Mitschüler rechtsradikale Meinungen propagiert oder andere Schüler bedroht. Sie sollten sich nicht scheuen, sich mit Lehrern – in der Regel Vertrauenslehrern – in Verbindung zu setzen. Für Lehrer heißt das: Sie müssen das Gespräch suchen. Wir hätten sicherlich weniger rechtsextreme Jugendliche, wenn eine intensivere Auseinandersetzung zwischen Lehrern und Schülern stattfinden würde. Lehrer müssen das Thema im Unterricht aufgreifen. Es macht aber keinen Sinn, wenn Schulen Rechtsextremismus immer als Problem der anderen thematisieren, sondern es muss als eigenes Problem der Jugendlichen und vielleicht sogar der Lehrer an der Schule konfrontativ angegangen werden. Wenn Schüler nach rechtsextremen Aktivitäten an der eigenen Schule gefragt würden, würden sich viele Lehrer wundern, welche Auseinandersetzungen an ihrer Schule stattfinden, ohne dass sie es merken.

Solche politischen Diskussionen im Unterricht sind sehr wichtig, wenn sie mit dem entsprechenden pädagogischen Know-how und nicht als Frontalunterricht, in dem der Lehrer den Schülern mitteilt, warum der Rechtsextremismus „böse“ ist, in den Unterricht eingebracht werden. Dann besteht die Chance, dass sich die Jugendlichen aktiv damit auseinandersetzen und Konflikte vor Ort bearbeiten.

Die pädagogische Auseinandersetzung ist entscheidend, die Diskussion zu Rechtsextremismus kann nicht mit Kleidervorschriften oder Schulverweisen erledigt werden. Die Einführung einer allgemeinen Kleiderordnung in Schulen halte ich für sehr bedenklich, da das bei Schülern als Entmündigung wahrgenommen wird und nicht die produktive Auseinandersetzung und Abwehr rechtsextremer Gesinnung fördert. Ein anderer Weg wäre, in einem breiten Diskussionsprozess zwischen Schülern, Lehrern und Eltern einen Kodex zu erarbeiten, in dem u.a. Schüler durch eigene Zustimmung das Tragen bestimmter Symbole in ihrer Schule nicht akzeptieren. Das Projekt „Schule ohne Rassismus“ setzt auf solch breite Diskussionen in den Schulen und verpflichtet Schulen, die diesen Titel tragen wollen, dazu, sich regelmäßig mit Diskriminierungen, Rassismus und Rechtsextremismus an der eigenen Schule auseinander zu setzen

### Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus

Pädagogisch sind drei Maximen zu beachten:

Erstens müssen die „normalen“ Jugendlichen in ihrer egalitären Gesinnung und ihrem Widerstand gegen Rechtsextreme (z. B. durch Zivilcouragetrainings) gestärkt und zu einer differenzierten politischen Kritik befähigt werden, damit sie keinen Verschwörungstheorien oder anderen einfachen Kritikmustern anheim fallen. Demokratie- und Menschenrechtserziehung, antirassistische Trainings, Gedenkstättenfahrten und der ganze Bereich des interkulturellen Lernens zählen zu den Instrumenten der Immunisierung gegen Rechtsextremismus.

Zweitens muss mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gearbeitet werden, um sie aus der Szene herauszuholen. Diese Arbeit stellt aber einen Grenzfall der Jugendarbeit dar, der gewöhnliche Jugendarbeit überfordert. Hier gibt es z. B. den Anfang der 1990er Jahre zuerst in Bremen entwickelten Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“, der zur „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“ (Franz Josef Krafeld) weiterentwickelt wurde. Der Begriff der Gerechtigkeit soll einerseits die rechtsextremen Jugendlichen selbst ansprechen, da sie eben diese für sich einfordern, andererseits konfrontiert er sie mit dem Anspruch anderer Menschen auf Gerechtigkeit. Diese Jugendarbeit wird aber nur dort effektiv arbeiten können, wo keine gefestigten rechtsextremen Muster bereits vorliegen. Außerdem bedarf es hier besonders ausgebildeter Pädagogen.

Drittens muss die Jugendarbeit von rechtsextremen jungen Erwachsenen die Finger lassen. Diese sind in der Regel keinen Argumenten mehr zugänglich, rassistische und antisemitische Positionen sind erfahrungsgemäß aufklärungsresistent. Sofern Rechtsextreme selbst vom Rechtsextremismus Abstand nehmen wollen, sind sie die Klientel besonderer Projekte wie z. B. dem Projekt Exit, die Aussteigern, die sich bei ihnen melden, gezielt helfen. Umso

wichtiger ist es, Jugendliche und junge Erwachsene vorher zu immunisieren bzw. aus der Phalanx des Rechtsextremismus zu lösen, bevor sie überzeugte Täter sind.

Die Jugend(sozial)arbeit muss die unerfüllbaren Anforderungen, die von Seiten der Politik und Gesellschaft an die Soziale Arbeit erfolgen, zurückweisen. Sie ist nicht die Reparaturwerkstatt für die sozialen Probleme, die durch die Arbeitsmarktpolitik, Tarifpolitik, die Diskussionen um das Zuwanderungsgesetz und die Ethnisierungsdiskurse entstehen. Sie darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen des Staates machen und muss die Widersprüche zwischen Erziehung zur Mündigkeit und Erziehung zur funktionalen Produktivität aushalten und sie den Jugendlichen transparent machen. Jugendliche müssen in ihrer eigenen Individualität wahrgenommen und entsprechend ihrer eigenen Ressourcen gefördert werden.

Den Beitrag aber, den Sozialarbeiter und Jugendbildner in ihrem Feld leisten können, haben sie zu leisten: Sie müssen sich mit rechtsextremen Jugendlichen auseinander setzen, sie weder pathologisieren noch normalisieren. In ihrem jeweils eigenen Arbeitsfeld müssen sie sich positionieren und ihren Kernaufgaben nachkommen. Wenn Regelangebote gesichert sind, können spezifischere Fragen zur Demokratie- und Toleranzentwicklung angegangen werden. Die Jugendarbeit muss, wie es jüngst Birgit Rommelspacher für den gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremen formulierte, den rechtsextremen Jugendlichen „ihre Grenzen aufzeigen, ohne sie auszugrenzen; [...] in Konfrontation mit ihnen gehen, ohne die Beziehung zu ihnen aufzukündigen; [...] ihre Positionen zurückweisen, ohne ihnen die Anerkennung zu versagen.“<sup>1</sup>

In den letzten Jahren wurden u. a. durch die Bundesaktionsprogramme Entimon und Civitas viele Projekte zur Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus gefördert, die zum Teil neue Wege im Umgang mit Rechtsextremismus beschritten. Insbesondere zeichnete sich ab, dass diejenigen Projekte erfolgreich waren, die über den Jugendarbeitsbereich hinaus in umfassendere lokale Netzwerke eingebunden waren, wo also eine Kommune oder Gemeinde auf allen Ebenen gegen rechtsextreme Tendenzen vorging. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde das Konzept der Lokalen Aktionspläne entwickelt, wie es jetzt im aktuellen Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ umgesetzt wird. Allerdings umfasst dies nur einen sehr kleinen Teil von Kommunen (10 pro neuem und 3 pro altem Bundesland) und wird maßgeblich durch die kommunale Verwaltung gesteuert, die in manchen Kommunen ja gerade selbst Teil des Problems ist. Wurden in den alten Programmen zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt, während Länder und Kommunen nicht genügend eingebunden waren, zeigt sich nun im Folgeprogramm, dass Länder und Kommunen unter Zurückdrän-

---

<sup>1</sup> Birgit Rommelspacher: „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt/New York 2006, S. 233

gung der zivilgesellschaftlichen Akteure stark beteiligt sind. Das für eine erfolgreiche Projektarbeit notwendige Verhältnis muss wohl erst noch gefunden werden.

Projektarbeit aber kann die Regelarbeit nicht ersetzen. Um Innovationen im Rahmen von Regelarbeit zu ermöglichen, ist Projektarbeit ein wertvolles Mittel. Da aber, wo Projekte zum Ersatz von Regelarbeit werden, können Projekte genau das nicht erfüllen, was von ihrer Implantierung erwartet wird: Modellhafte Ansätze aus der Projektlaufzeit in Regelarbeit zu überführen.